

Rache für Ayodhya

von Jorge Scholz

Die Zerstörung der indischen Babri-Moschee durch Hindu fundamentalisten hat in Pakistan eine landesweite Welle der Gewalt ausgelöst, die schwelende innenpolitische und soziale Konflikte gefährlich verschärft. Als spontane Reaktion auf die Zerstörung der Moschee von Ayodhya übten in allen Landesteilen Zehntausende fanatisierter, pro-islamischer Demonstranten drei Tage lang an den Angehörigen der pakistanischen religiösen Minderheiten und ihren Gotteshäusern gewalttätige Rache. Als blutige Bilanz der Pogrome sind 35 Tote und mehrere hundert Verletzte zu beklagen. Ziel der Attacken waren vor allem die Heiligtümer der etwa 2,5 Millionen in Pakistan lebenden Hindus.

In der punjabischen Provinzhauptstadt Lahore waren die Ausschreitungen besonders schlimm: Fast alle der 48 religiösen Stätten der Hindus wurden von den Demonstranten mit Hacken, Hämmern und bloßen Händen ganz oder teilweise eingerissen. Bemerkenswert ist dabei der Umstand, daß in der mit fünf Millionen Einwohnern zweitgrößten Stadt des Landes seit den Tagen der blutigen Teilung des Subkontinents in Pakistan und Indien, die damals vor allem in dem von der neuen Grenze durchschnittenen Provinz Punjab eine Massenflucht der jeweiligen religiösen Minderheiten auslöste, kaum noch Hindus leben. Auch das Phänomen, daß neben Heiligtümern der Sikhs sogar Regierungsgebäude angegriffen wurden, deutet darauf hin, daß die Zerstörung der Moschee von Ayodhya lediglich der Auslöser der dreitägigen Krawalle war, nicht jedoch die tieferliegende Ursache.

Die Ereignisse in den übrigen Provinzen vermitteln ebenfalls den Eindruck, daß es den Gewalttätern nur oberflächlich betrachtet um Rache für ihre muslimischen Glaubensbrüder in Indien ging. In Karatchi zum Beispiel fielen zu allem entschlossene Jugendliche über eines der ältesten Elendsquartiere der Stadt namens Narayanpura her, wo unter den 10.000 Einwohnern neben Hindus auch Sikhs und Christen leben. Der Mob raubte nicht nur die örtlichen Gotteshäuser aller drei Religionen aus, sondern

plünderte das wenige Hab und Gut der in Panik Flüchtenden und brannte mehr als 200 Hütten nieder.

Selbst in der dünnbesiedelten Provinz Balutschistan, wo es niemals zuvor Zusammenstöße zwischen den in die traditionelle Stammesgesellschaft voll integrierten Hindus und Muslimen gegeben hat, kam es sogar in abgelegenen Dörfern zu schweren Ausschreitungen, die elf Tote und viele Verletzte forderte. In dem Ort Loralai verbrannte eine Mutter mit fünf Kindern in ihrem Haus, das von einer 8.000-köpfigen Menschenmenge zusammen mit einem Hindutempel und weiteren Gebäuden angesteckt worden war. Als Anführer der Demonstranten fungierten Maulana Amir Zaman, Ex-Minister, Abgeordneter des Provinzparlamentes von Balutschistan und führendes Mitglied der traditionalistischen islamischen Partei 'Jamiat-e-Ulema-i-Islam' (JUI, Gemeinschaft der Gelehrten des Islam), und Maulana Niaz Muhammad, Landeschef der militanten 'Anjuman-e Sipahan-e Sahaba' (ASS, Organisation zur Verteidigung der Prophetengenossen), die in der Vergangenheit als gewaltbereite sunnitische Kaderorganisation vor allem in den blutigen Auseinandersetzungen mit schiitischen Organisationen von sich Reden gemacht hat. Da sich auch andernorts prominente Politiker an die Spitze des Mobs setzten, liegt der Verdacht nahe, daß skrupellose Parteimanager versucht haben, die Emotionen der Menschen nach den Ereignissen in Indien für parteipolitische Eigeninteressen zu instrumentalisieren.

Bezeichnend ist, daß sich keine einzige bedeutende politische Kraft beizeiten und mit der gebotenen Entschlossenheit schützend vor die bedrohten Minderheiten gestellt hat. Ob Regierung oder Opposition - beide Lager mobilisierten am 8. Dezember, den Premierminister Nawaz Sharif zum nationalen Generalstreiktag ausrief, ihre Anhänger, um gegen die Zerstörung der Babri-Moschee in Indien zu protestieren. Und dies, obwohl fanatisierte Demonstranten zu diesem Zeitpunkt bereits ihren Haß und ihre Zerstörungswut an unschuldigen und wehrlosen Hindus und Christen austobten.

Unabhängige Beobachter interpretieren die auf den ersten Blick unverständliche Ignoranz aller einflußreichen Politiker als ein Indiz dafür, daß Ayodhya Regierung und Opposition gleichermaßen gelegen kam, wenn auch aus unterschiedli-

chen Motiven. Für den durch die Protestkampagne Benazir Bhutto's unter Druck geratenen Premier war dies demnach eine willkommene Gelegenheit, um von den eigenen innenpolitischen Problemen abzulenken, und den schon seit längerem schwelenden Volkszorn auf ein anderes Ziel zu richten. Tatsächlich markiert der Beginn des religiösen Aufruhrs in Pakistan das vorläufige Ende der Protestkampagne des Oppositionsbündnisses 'Pakistan Democratic Alliance' (PDA). Benazir Bhutto dagegen mag gehofft haben, daß die plötzlich ausbrechende Massenhysterie ihrem Kampf um die Macht die notwendige Schubkraft verleihen könnte. Zumindest hat sie in ihren Ansprachen versucht, Nawaz Sharif die Schuld für Ayodhya in die Schuhe zu schieben, da seine Außenpolitik gegenüber Indien angeblich versagt habe. Ernüchtert von der tatsächlichen Entwicklung scheint Bhutto seitdem ihren Kurs geändert zu haben. Ihren bisher geäußerten Vorsätzen zum Trotz ist sie auf einige der Versöhnungsangebote der Regierung eingegangen. So hat sie zum Beispiel den ihr angebotenen Posten der Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses der Nationalversammlung angenommen.

Hinter dieser Kehrtwendung dürfte als Motiv ein anderer sich anbahnender Kampf um die Macht stehen: Zum Ende des Jahres läuft die fünfjährige Amtszeit des 76-jährigen Präsidenten Ghulam Is-haq Khan aus. Da der Premierminister ein Vorschlagsrecht hat, verliert der aufgrund seiner verfassungsmäßigen Rechte eigentlich mächtigere Präsident zugunsten des Regierungschefs allmählich an politischem Gewicht. Für die kluge Amtsvorgängerin Sharif's offensichtlich Grund genug, sich rechtzeitig zu arrangieren. Überraschungen sind also in den kommenden Monaten in der pakistanischen Innenpolitik nicht auszuschließen. Da die politische Klasse jedoch in erster Linie mit ihren internen Intrigen beschäftigt zu sein scheint, die dem Volk die undankbare Rolle als Kulisse und manipulierbare Manövriermasse läßt, bleiben die wirklichen Probleme der Menschen ungelöst. Arbeitslosigkeit, Inflation, Kriminalität und Korruption - um nur einige zu nennen - sorgen zunehmend in immer breiteren Schichten der Bevölkerung für Unzufriedenheit und Unruhe, die, das hat der Dezember gezeigt, jederzeit in Gewalt umschlagen können.